

Toll was blumen machen.de



KAMPAGNE FINANZIERT MIT FÖRDERMITTELN DER EUROPÄISCHEN UNION



Donnerstag, 20.10.2016

[Home](#) > [Nachrichten](#) > [Panorama](#)**Der Fall al-Bakr: "Ulbig und Gemkow dürfen eigentlich nicht im Amt bleiben"****Der Vize-Vorsitzende des Geheimdienst-Ausschusses im Bundestag, André Hahn, fordert politische Konsequenzen aus dem Fall al-Bakr**

erschienen am 19.10.2016

Berlin. Der Fall Dschaber al-Bakr beschäftigt am Mittwoch den Bundestag. Viele Fragen zu Festnahme und späterem Suizid des Terrorverdächtigen sind weiterhin offen. Der sächsische Linke-Politiker und Vize-Chef des Parlamentarischen Kontrollgremiums im Bundestag, André Hahn, verlangt rasche Aufklärung sowie die Rücktritte zweier Minister in Sachsen. Alessandro Peduto hat mit Hahn gesprochen.

Freie Presse: Gibt es Anlass davon auszugehen, dass der Verfassungsschutz die Chemnitzer Wohnung von Dschaber al-Bakr seit September observierte, aber sein Wissen erst kurz vor dem Polizeizugriff weiter gab?

André Hahn: Diese Frage habe ich auch, und ich erwarte, dass der Bundesinnenminister und der Präsident des Verfassungsschutzes die zuständigen Gremien des Bundestages darüber noch in dieser Woche detailliert unterrichten. Wenn die Polizeibehörden tatsächlich längere Zeit gar nicht gewusst haben sollten, dass es sich bei dem zu Verhaftenden um einen potenziellen Terroristen handeln könnte, wäre dies absolut unverantwortlich. Denn dann hätte man wohl andere Sicherheitsvorkehrungen vor der beabsichtigten Verhaftung ergriffen.

Gibt es nach Ihrer Kenntnis genauere Informationen, wie lange der Verfassungsschutz über möglichen Sprengstoff in der Wohnung Bescheid wusste?

Bislang kenne auch ich nur die offizielle Version von Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen, nach denen sein Amt zwar bereits Anfang September mutmaßlich von einem amerikanischen Geheimdienst erfahren haben soll, dass in Deutschland ein "Terroranschlag gegen Infrastruktur" geplant sei. Ein konkreter Verdächtiger hätte jedoch erst am Donnerstag, dem 7. Oktober, identifiziert werden können und wäre seitdem rund um die Uhr observiert worden. Sollte der Verfassungsschutz den Terrorverdächtigen allerdings schon längere Zeit im Visier gehabt und die Gefährdung von Anwohnern billigend in Kauf genommen haben, wäre das ein anderer Sachverhalt. Deshalb fordern wir hier vollständige Aufklärung.

Haben Sie Kenntnis darüber, warum bei dem Einsatz keine polizeilichen Spezialisten dabei waren und ob die sächsischen Behörden zusätzliche Hilfe einholten?

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass den in Chemnitz tätigen Einsatzkräfte die Dimension des Vorgangs, dass es sich womöglich um einen hochgefährlichen Terroristen handelt, nicht wirklich bewusst war. Denn sonst hätten sie anders agieren müssen, zum Beispiel mit einem zweiten Sperrring um den Wohnblock des Gesuchten. Auf diese Weise hätte dessen Flucht verhindert werden können. Hier liegt die Verantwortung eindeutig bei Sachsens Innenminister Markus Ulbig. Er hat es zudem sträflich versäumt, sich Hilfe und Unterstützung zu holen. Es gibt auf Bundesebene Spezialeinheiten für solche Fälle. Dass diese offenbar nicht angefordert wurden, ist für mich unbegreiflich. Dass der Gesuchte trotz eines Großaufgebots der Polizei entkommen konnte, war ohne Zweifel eine schwere Panne. Seine Ergreifung in Leipzig war dann ja letztlich auch nicht Resultat polizeilicher Ermittlungen, sondern allein dem beherzten Einsatz dreier syrischer Flüchtlinge zu verdanken.

Sehen Sie Anlass, geltende Gesetze im Bereich Ermittlungen, Zugriff und Vollzug zu ändern? Immerhin gab es an mehreren Stellen Versäumnisse.

Nein, Gesetzesänderungen halte ich nicht für erforderlich. Jetzt muss es um die Frage gehen, warum die geltenden Bestimmungen nicht umgesetzt wurden. Wenn der Generalbundesanwalt die Ermittlungen in diesem Fall an sich zieht, was nachvollziehbar und richtig ist, muss er auch den Verdächtigen in seinen Verantwortungsbereich überführen. Das ist nicht geschehen. Dass sich al-Bakr in der sächsischen Untersuchungshaft umbringen konnte, setzt dem ganzen Vorgang "die Krone" auf. Hier war die Justizvollzugsanstalt in Leipzig offenbar völlig überfordert, sodass es nun leider nicht mehr möglich ist, Hintergründe und vor allem eventuelle Mittäter aufzudecken. Das lange Schweigen von Ministerpräsident Stanislaw Tillich zu derartigen Vorkommnissen hat ja inzwischen Methode. Doch die Politik darf sich nicht wegducken. Es gibt klare Verantwortlichkeiten, und deshalb dürfen Ulbig wie auch Justizminister Sebastian Gemkow eigentlich nicht im Amt bleiben.

© Copyright Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG

KOMMENTARE

Allnet + 3 GB
LTE - 9,99€

Allnet & SMS Flat in dt. Netze
+3GB LTE Highspeed.
Einmalig: 9,99€.

winsim.de



TRADING 212

FOREX | GOLD | ÖL | AKTIEN

Jetzt starten

**KOSTENLOSES →
10 000 € DEMOKONTO**

Der Handel mit CFDs ist mit hohem Verlustrisiko verbunden.

Bitte beachten Sie die Hinweise zum Urheberrecht und zu Nachdrucken unter www.freiepresse.de/copyright